

STASI 2.0

Seit einiger Zeit werden Bürgerrechte massiv eingeschränkt - meist mit der Begründung, so effektiver Terrorismus und organisierte Kriminalität bekämpfen zu können:

Vorratsdatenspeicherung. Voraussichtlich am 8./9.11.2007 wird der Bundestag über den von Justizministerin Brigitte Zypries vorgelegten Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung abstimmen. Das Gesetz verpflichtet alle Anbieter von Kommunikationsdiensten ab 2008 dazu, die Verkehrs- und Standortdaten sämtlicher Nutzer über sechs Monate für staatliche Zugriffe vorrätig zu halten - ohne Beschränkung der Zugriffe auf Fälle schwerer Straftaten, mit Zugriff durch Geheimdienste und 52 andere Staaten („Cybercrime-Konvention“). Gespeichert werden alle Internet-identitäten (IP-Adressen und Zeiten), alle E-Mailkontakte sowie die Information, wer wann mit wem von wo aus telefoniert hat.

E-Pass. Seit 01.11.2005 werden alle deutschen Reisepässe mit einem RFID-Chip versehen, auf dem neben den üblichen Passdaten auch ein biometrisch verwertbares Passfoto, eine Unterschriftenprobe sowie ab November 2007 zwei Fingerabdrücke digital gespeichert werden. Alle Daten sind aus meterweiter Entfernung per Funk auslesbar - auch mit selbstgebauten Geräten - und nicht ausreichend verschlüsselt. Ab 2008 soll der mit biometrischen Daten versehene E-Personalausweis folgen. Lichtbilder sind von Polizei- und Ordnungsbehörden online abrufbar.

Online-Durchsuchungen. Um dem Staat heimlichen Zugriff auf gespeicherte Daten der Bürger zu gewähren, können staatliche Ermittler über das Internet unbemerkt Spionagesoftware („Trojaner“) auf Firmen- und Privatrechner einspielen. Am 25.04.2007 wurde bekannt, dass solche verdeckten Online-Durchsuchungen bereits seit 2005 auf Anordnung Otto Schilys durchgeführt werden können, obwohl sie vom Grundgesetz und der Strafprozessordnung nicht gedeckt sind. In den Reihen der großen Koalition wird daher aktuell über eine Grundrechtsänderung für Online-Durchsuchungen debattiert.

Anti-Terror-Datei. Auf Basis des seit 31.10.2006 gültigen „Gemeinsame-Dateien-Gesetzes“ werden über 100 Datenbanken verschiedenster staatlicher Institutionen für Polizei und Geheimdienste zusammengeführt. Der rechtsstaatliche Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird ausgehebelt: die Polizei erhält Informationen, welche von Geheimdiensten unter Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien beschafft wurden.

Elektronische Gesundheitskarte. Nicht zuletzt mangels ausgereifter IT-Sicherheit auch eine Bedrohung für Datenschutz und Bürgerrechte. Ärztliche Verordnungen werden künftig als sog. „E-Rezepte“ zentral gespeichert und sollen mittels eines digitalen Heilberufsausweises in Kombination mit der persönlichen Gesundheitskarte abgerufen werden können. Die zentrale Speicherung der lebenslangen Krankenakten aller Bürger ist vorgesehen.

Zum Weiterrecherchieren: Videoüberwachung, Wahlcomputer, §129a, Rasterfahndung, Großer Lauschangriff, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Mautdaten zur Erstellung von PKW-Bewegungsprofilen, Terrorismus-bekämpfungsergänzungsgesetz, Schengener Informationssystem...

Warum solche Maßnahmen eine **große Gefahr für Rechtsstaat und Bürgerrechte** darstellen, für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität aber sehr ineffektiv sind, soll hier am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung diskutiert werden:

Generalverdacht. Alle Bürger werden ohne jeden Anlass wie Verdächtige behandelt, auch wenn keinerlei konkrete Hinweise auf eine Straftat bestehen.

Harmlose Verkehrsdaten? Zahlreiche Anbieter im Internet erstellen Verhaltensprofile, die mit einer IP-Adressprotokollierung personalisierbar werden. Dadurch wird präzise nachvollziehbar, wie sich ein Nutzer im Netz bewegt und welche Interessen, Vorlieben und Meinungen er hat. Aus den Telefon-Verkehrsdaten ist zu erkennen, wer mit wem einen engen oder flüchtigen Kontakt hat. Bei Mobiltelefonen wird zusätzlich der Standort registriert. Diese Daten sind also alles andere als harmlos - sie können als Grundlage zur Erstellung von Persönlichkeits- und Bewegungsprofilen jedes Bürgers dienen.

Alle diese Informationen können von möglicherweise übereifrigen Staatsdienern minutiös nachvollzogen werden und alle daraus resultierenden Verdachtsmomente auch durch illegale Datenschlupflöcher berufliche oder wirtschaftliche Folgen haben. In einer solchen Gesellschaft können v.a. Menschen, die sich politisch kritisch engagieren, anonym Missstände gegenüber der Presse aufdecken wollen, die zu weniger geschätzten Minderheiten gehören, die an psychischen Problemen, chronischen Krankheiten oder finanzieller Not leiden und sich vertrauensvoll an Beratungsdienste, Ärzte, Anwälte etc. wenden wollen oder die anderweitig Individualisten sind, die ihre Privatsphäre vor Ausspähung schützen wollen, nicht mehr unbefangen und furchtfrei entfalten.

Analysemethoden digitaler Daten. Die Hoffnung, der Staat könne mit der Auswertung dieser Fülle an Daten überfordert sein, ist leider vollkommen unbegründet. Schon heute gibt es sehr ausgereifte Verfahren, die unter Anwendung von Methoden der künstlichen Intelligenz (Data-Mining) eine tief gehende, vollständig automatisierte semantische Analyse großer Datenmengen gestatten.

Unwirksam. Schon mit verhältnismäßig einfachen Mitteln und basalem technischem Wissen (Nutzung ausländischer Mobiltelefonkarten und Anonymisierungsdienste, eigener Mailserver..) lässt sich die Vorratsdatenspeicherung aushebeln. Sie trifft also eher unbedarfte Bürger, die vor derlei Aufwand zurückschrecken, nicht aber den Personenkreis, gegen den sie sich angeblich richtet: Das organisierte Verbrechen.

Kommt zur Kundgebung am 6.11. um 17 Uhr am Reichstag!

Kurz vor der anstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestags über die Verschärfung der TK-Überwachung und Vorratsdatenspeicherung ruft der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung unter dem Motto **„Freiheit statt Angst - Für die Grundrechte!“** zu Kundgebungen am **6.11.2007 von 17 bis 19 Uhr** auf. In Berlin findet diese **am Platz vor dem Reichstag** (Platz der Republik) statt.

Redner sind u.a. Hans-Christian Ströbele (MdB B90/Grüne), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (MdB FDP), Petra Pau (MdB Die Linke), Prof. Rosemarie Will (Humanistische Union e.V.) und der Kabarettist Martin Buchholz.

Bitte bringt Laternen und Grundgesetze mit. **Wer die Aktion finanziell unterstützen kann, bitte Spenden an:** Humanistische Union e.V., VZ: "AK Vorrat", Kto: 30 74 200, BLZ: 100 205 00 (Bank für Sozialwirtschaft)

➤ Informiert Euch und unterstützt auch unsere Verfassungsbeschwerde:
www.vorratsdatenspeicherung.de

STASI 2.0

Seit einiger Zeit werden Bürgerrechte massiv eingeschränkt - meist mit der Begründung, so effektiver Terrorismus und organisierte Kriminalität bekämpfen zu können:

Vorratsdatenspeicherung. Voraussichtlich am 8./9.11.2007 wird der Bundestag über den von Justizministerin Brigitte Zypries vorgelegten Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung abstimmen. Das Gesetz verpflichtet alle Anbieter von Kommunikationsdiensten ab 2008 dazu, die Verkehrs- und Standortdaten sämtlicher Nutzer über sechs Monate für staatliche Zugriffe vorrätig zu halten - ohne Beschränkung der Zugriffe auf Fälle schwerer Straftaten, mit Zugriff durch Geheimdienste und 52 andere Staaten („Cybercrime-Konvention“). Gespeichert werden alle Internet-identitäten (IP-Adressen und Zeiten), alle E-Mailkontakte sowie die Information, wer wann mit wem von wo aus telefoniert hat.

E-Pass. Seit 01.11.2005 werden alle deutschen Reisepässe mit einem RFID-Chip versehen, auf dem neben den üblichen Passdaten auch ein biometrisch verwertbares Passfoto, eine Unterschriftenprobe sowie ab November 2007 zwei Fingerabdrücke digital gespeichert werden. Alle Daten sind aus meterweiter Entfernung per Funk auslesbar - auch mit selbstgebauten Geräten - und nicht ausreichend verschlüsselt. Ab 2008 soll der mit biometrischen Daten versehene E-Personalausweis folgen. Die Lichtbilder sind von Polizei- und Ordnungsbehörden online abrufbar.

Online-Durchsuchungen. Um dem Staat heimlichen Zugriff auf gespeicherte Daten der Bürger zu gewähren, können staatliche Ermittler über das Internet unbemerkt Spionagesoftware („Trojaner“) auf Firmen- und Privatrechner einspielen. Am 25.04.2007 wurde bekannt, dass solche verdeckten Online-Durchsuchungen bereits seit 2005 auf Anordnung Otto Schilys durchgeführt werden können, obwohl sie vom Grundgesetz und der Strafprozessordnung nicht gedeckt sind. In den Reihen der großen Koalition wird daher aktuell über eine Grundrechtsänderung für Online-Durchsuchungen debattiert.

Anti-Terror-Datei. Auf Basis des seit 31.10.2006 gültigen „Gemeinsame-Dateien-Gesetzes“ werden über 100 Datenbanken verschiedenster staatlicher Institutionen für Polizei und Geheimdienste zusammengeführt. Der rechtsstaatliche Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird ausgehebelt: die Polizei erhält Informationen, welche von Geheimdiensten unter Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien beschafft wurden.

Elektronische Gesundheitskarte. Nicht zuletzt mangels ausgereifter IT-Sicherheit auch eine Bedrohung für Datenschutz und Bürgerrechte. Ärztliche Verordnungen werden künftig als sog. „E-Rezepte“ zentral gespeichert und sollen mittels eines digitalen Heilberufsausweises in Kombination mit der persönlichen Gesundheitskarte abgerufen werden können. Die zentrale Speicherung der lebenslangen Krankenakten aller Bürger ist vorgesehen.

Zum Weiterrecherchieren: Videoüberwachung, Wahlcomputer, §129a, Rasterfahndung, Großer Lauschangriff, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Mautdaten zur Erstellung von PKW-Bewegungsprofilen, Terrorismus-bekämpfungsergänzungsgesetz, Schengener Informationssystem...

Warum solche Maßnahmen eine **große Gefahr für Rechtsstaat und Bürgerrechte** darstellen, für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität aber sehr ineffektiv sind, soll hier am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung diskutiert werden:

Generalverdacht. Alle Bürger werden ohne jeden Anlass wie Verdächtige behandelt, auch wenn keinerlei konkrete Hinweise auf eine Straftat bestehen.

Harmlose Verkehrsdaten? Zahlreiche Anbieter im Internet erstellen Verhaltensprofile, die mit einer IP-Adressprotokollierung personalisierbar werden. Dadurch wird präzise nachvollziehbar, wie sich ein Nutzer im Netz bewegt und welche Interessen, Vorlieben und Meinungen er hat. Aus den Telefon-Verkehrsdaten ist zu erkennen, wer mit wem einen engen oder flüchtigen Kontakt hat. Bei Mobiltelefonen wird zusätzlich der Standort registriert. Diese Daten sind also alles andere als harmlos - sie können als Grundlage zur Erstellung von Persönlichkeits- und Bewegungsprofilen jedes Bürgers dienen.

Alle diese Informationen können von möglicherweise übereifrigen Staatsdienern minutiös nachvollzogen werden und alle daraus resultierenden Verdachtsmomente auch durch illegale Datenschlupflöcher berufliche oder wirtschaftliche Folgen haben. In einer solchen Gesellschaft können v.a. Menschen, die sich politisch kritisch engagieren, anonym Missstände gegenüber der Presse aufdecken wollen, die zu weniger geschätzten Minderheiten gehören, die an psychischen Problemen, chronischen Krankheiten oder finanzieller Not leiden und sich vertrauensvoll an Beratungsdienste, Ärzte, Anwälte etc. wenden wollen oder die anderweitig Individualisten sind, die ihre Privatsphäre vor Ausspähung schützen wollen, nicht mehr unbefangen und furchtfrei entfalten.

Analysemethoden digitaler Daten. Die Hoffnung, der Staat könne mit der Auswertung dieser Fülle an Daten überfordert sein, ist leider vollkommen unbegründet. Schon heute gibt es sehr ausgereifte Verfahren, die unter Anwendung von Methoden der künstlichen Intelligenz (Data-Mining) eine tief gehende, vollständig automatisierte semantische Analyse großer Datenmengen gestatten.

Unwirksam. Schon mit verhältnismäßig einfachen Mitteln und basalem technischem Wissen (Nutzung ausländischer Mobiltelefonkarten und Anonymisierungsdienste, eigener Mailserver..) lässt sich die Vorratsdatenspeicherung aushebeln. Sie trifft also eher unbedarfte Bürger, die vor derlei Aufwand zurückschrecken, nicht aber den Personenkreis, gegen den sie sich angeblich richtet: Das organisierte Verbrechen.

Kommt zur Kundgebung am 6.11. um 17 Uhr am Reichstag!

Kurz vor der anstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestags über die Verschärfung der TK-Überwachung und Vorratsdatenspeicherung ruft der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung unter dem Motto **„Freiheit statt Angst - Für die Grundrechte!“** zu Kundgebungen am **6.11.2007 von 17 bis 19 Uhr** auf. In Berlin findet diese **am Platz vor dem Reichstag** (Platz der Republik) statt.

Redner sind u.a. Hans-Christian Ströbele (MdB B90/Grüne), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (MdB FDP), Petra Pau (MdB Die Linke), Prof. Rosemarie Will (Humanistische Union e.V.) und der Kabarettist Martin Buchholz.

Bitte bringt Laternen und Grundgesetze mit. **Wer die Aktion finanziell unterstützen kann, bitte Spenden an:** Humanistische Union e.V., VZ: "AK Vorrat", Kto: 30 74 200, BLZ: 100 205 00 (Bank für Sozialwirtschaft)

➤ Informiert Euch und unterstützt auch unsere Verfassungsbeschwerde:
www.vorratsdatenspeicherung.de